

Befragung im INSA-Meinungstrend im Auftrag des Deutschen Instituts für Altersvorsorge (DIA)

November 2018



Feldzeit:

16.11. – 19.11.2018

Methodik:

Die Umfrage wurde als Online-Befragung durchgeführt.

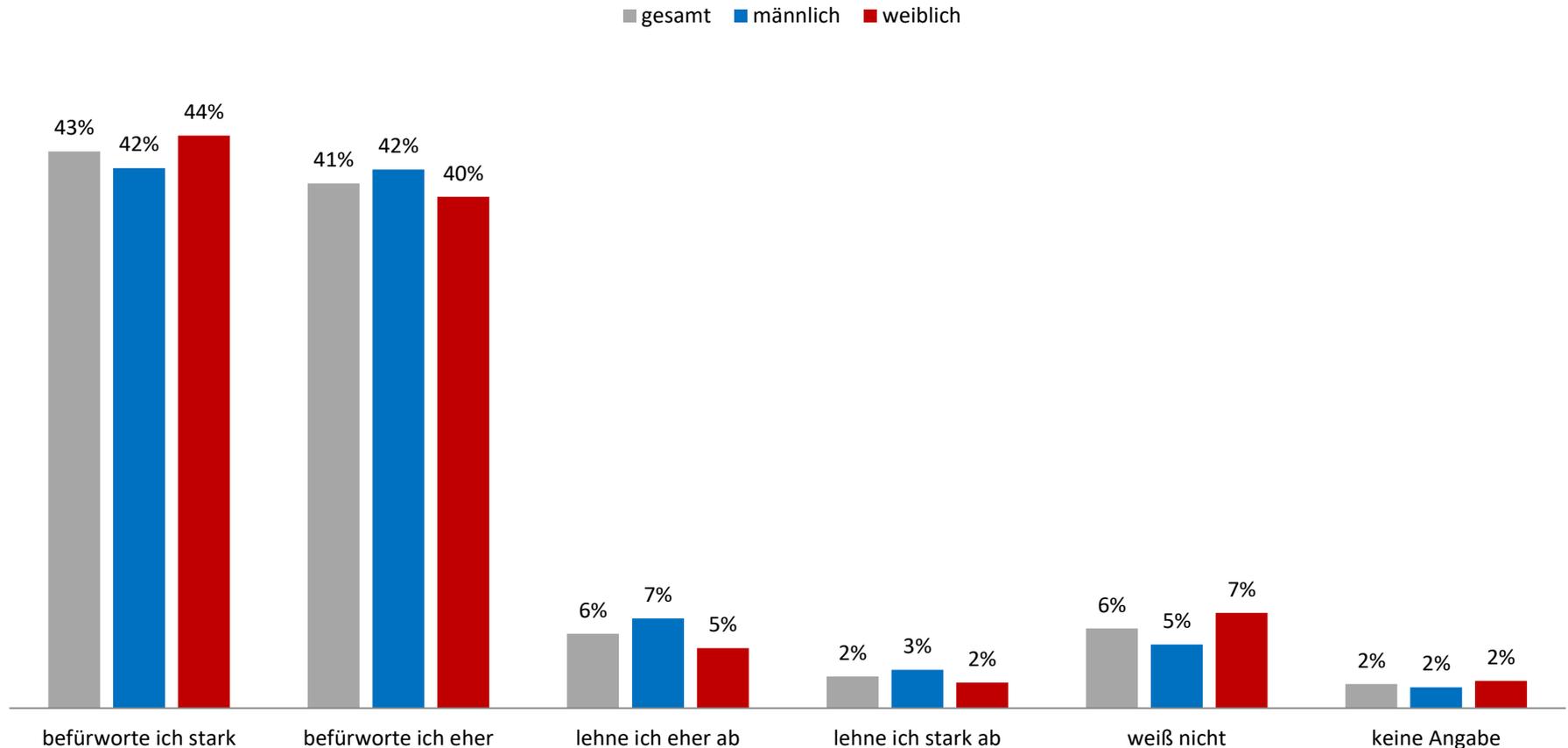
Stichprobe:

2.047 Personen aus ganz Deutschland ab 18 Jahren nahmen an der Befragung teil.

Einleitungstext zur Umfrage:

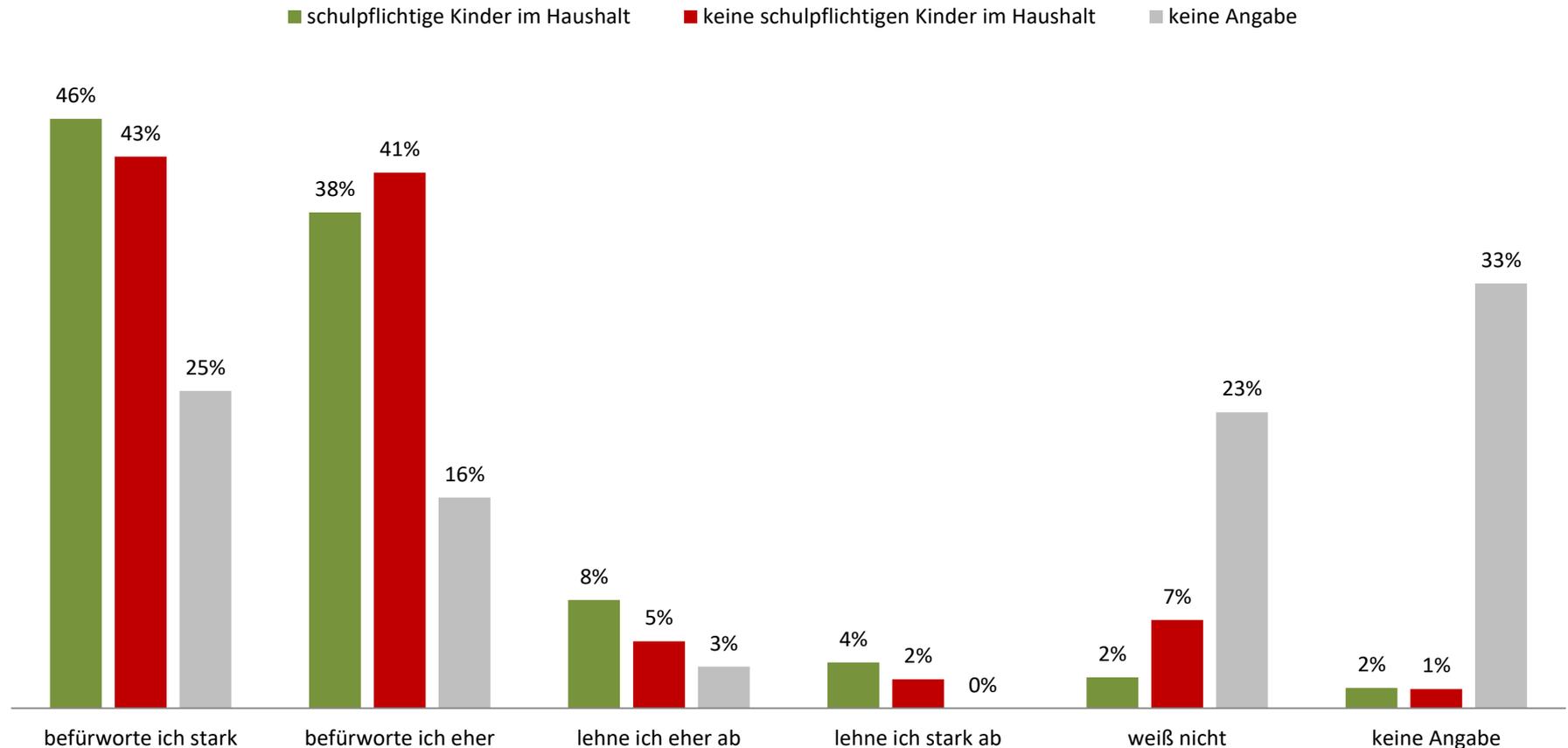
„In verschiedenen Umfragen stellte sich in der Vergangenheit heraus, dass Jugendliche ihre Kenntnisse über Finanzthemen wie Sparkonten, Versicherungen, Fonds und Aktien, Kredite, Inflation oder Verzinsung selbst oft als mangelhaft einschätzen. Wenn Jugendliche nach Abschluss ihrer Schulbildung ins Berufsleben eintreten, werden sie jedoch mit Finanzentscheidungen konfrontiert. Aus diesem Grund wird von verschiedenen Seiten die Rolle der Schule in der finanziellen Allgemeinbildung diskutiert.“

Befürworten Sie die Einführung der Finanziellen Allgemeinbildung in die Schulbildung bzw. deren Ausbau oder lehnen Sie dies ab?



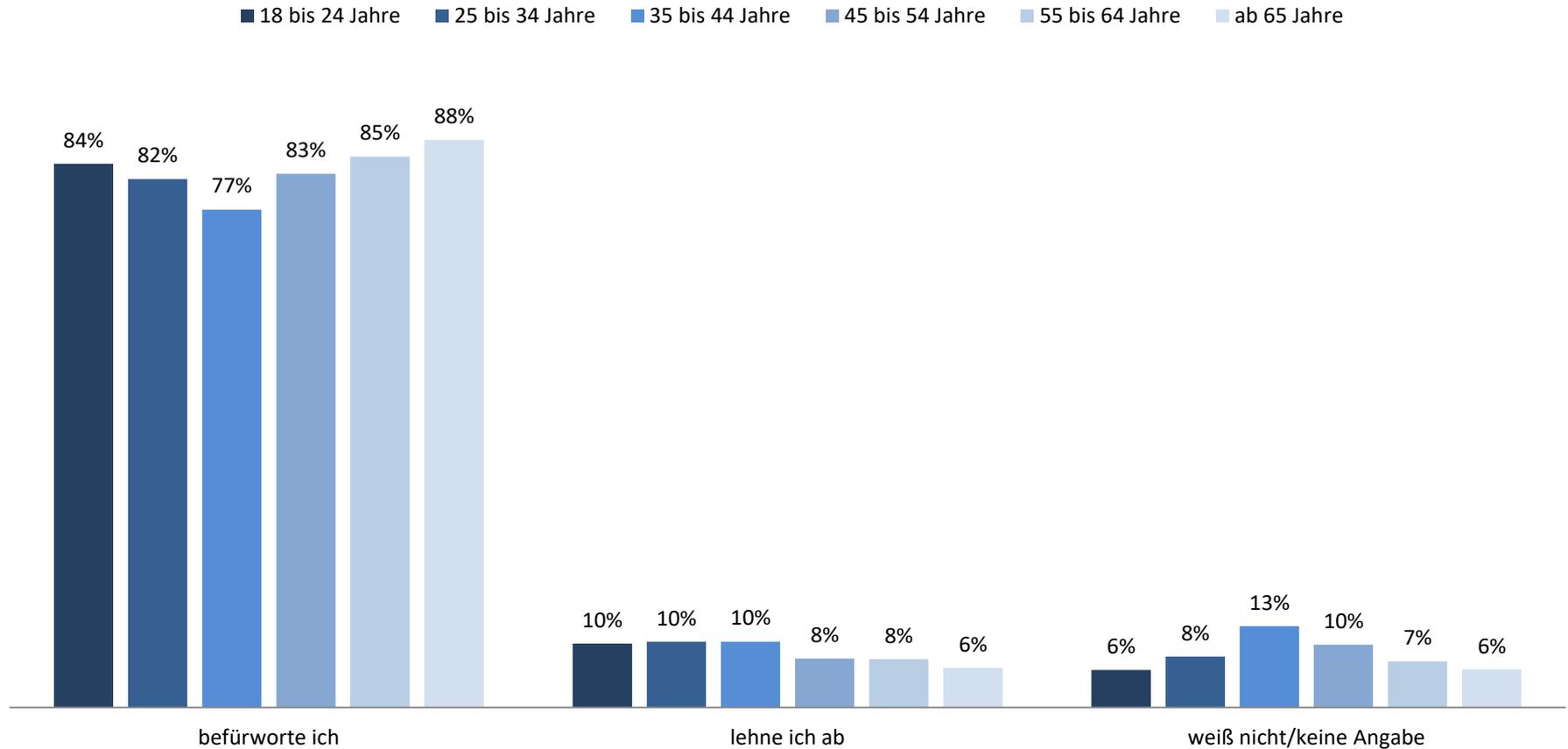
Insgesamt befürworten 84 Prozent der Befragten die Einführung der Finanziellen Allgemeinbildung in die Schulbildung bzw. deren Ausbau (kumuliert). Dabei befürworten dies 43 Prozent stark und 41 Prozent eher. Sechs Prozent lehnen die Idee eher ab und zwei Prozent lehnen sie stark ab. Acht Prozent wissen keine Antwort oder machen keine Angabe (kumuliert). Es zeigen sich nur geringfügige Unterschiede zwischen Männern und Frauen.

Befürworten Sie die Einführung der Finanziellen Allgemeinbildung in die Schulbildung bzw. deren Ausbau oder lehnen Sie dies ab?



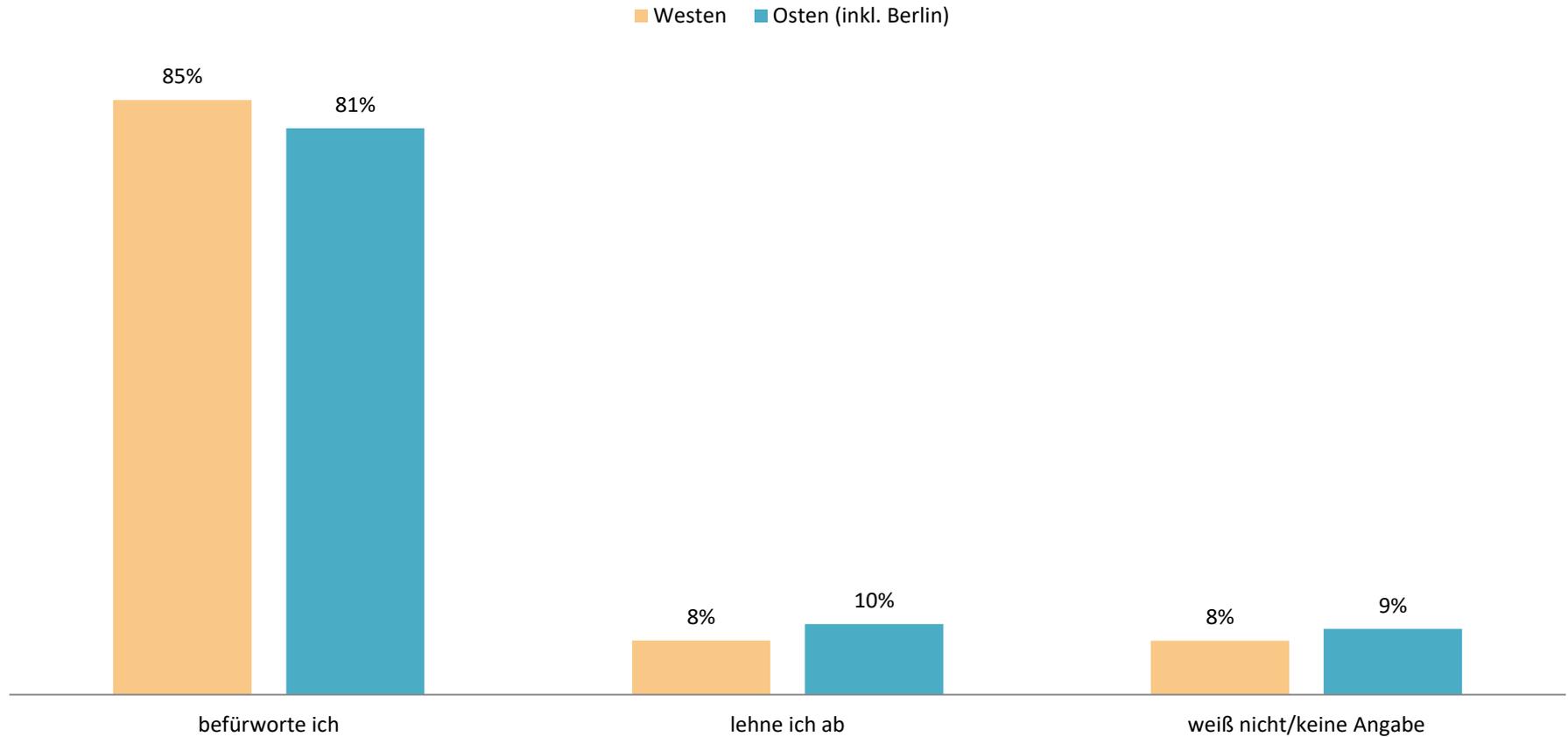
46 Prozent der Befragten mit schulpflichtigen Kindern im Haushalt befürworten die Einführung bzw. den Ausbau der Finanziellen Allgemeinbildung in der Schulbildung stark. 38 Prozent dieser Gruppe befürworten dies eher. Insgesamt zwölf Prozent der Befragten mit schulpflichtigen Kindern im Haushalt lehnen die Finanzielle Allgemeinbildung hingegen ab (kumuliert). Dies sind fünf Prozentpunkte mehr als bei den Befragten ohne schulpflichtige Kinder im Haushalt (7 %, kumuliert).

Befürworten Sie die Einführung der Finanziellen Allgemeinbildung in die Schulbildung bzw. deren Ausbau oder lehnen Sie dies ab?



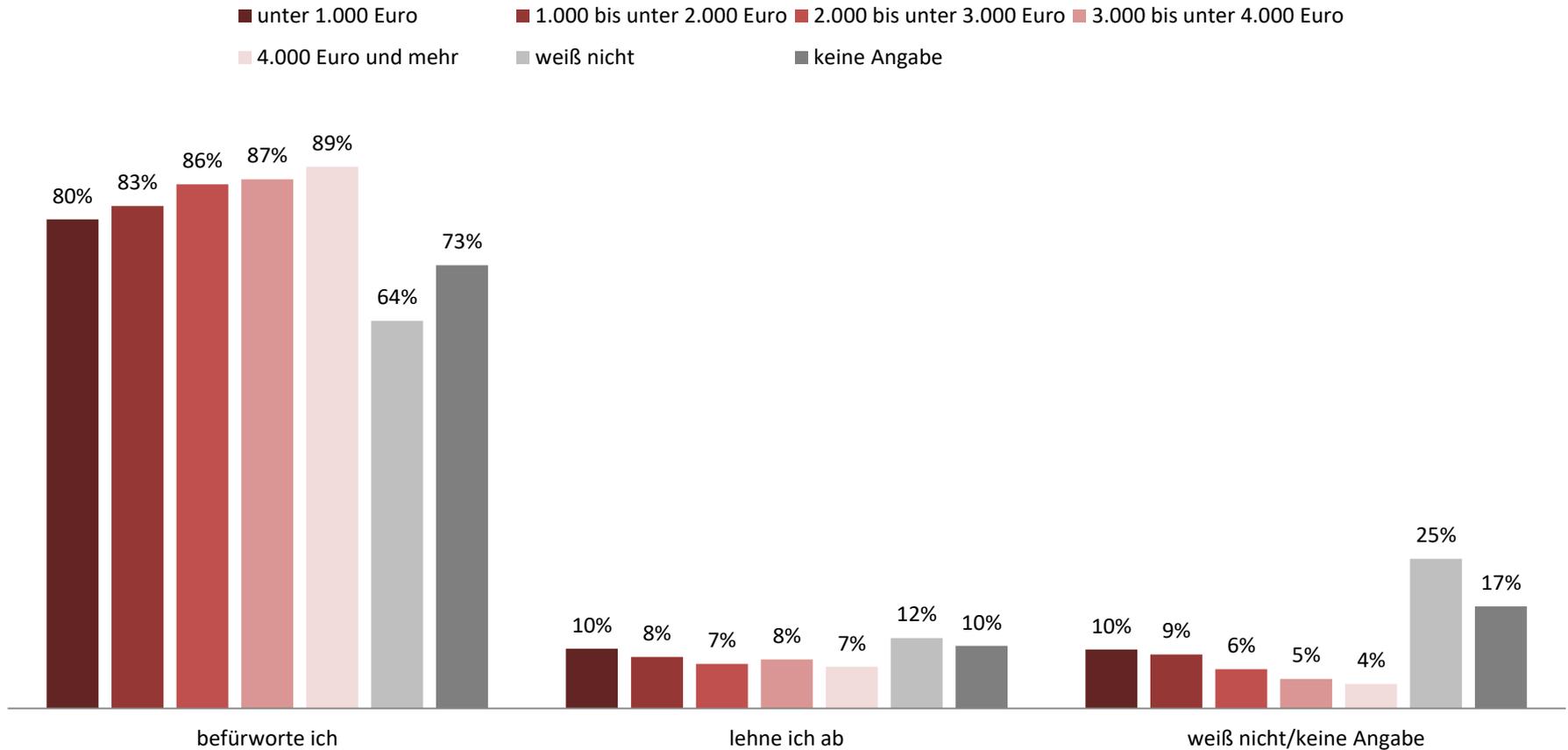
84 Prozent der 18- bis 24-jährigen Befragten befürworten die Einführung bzw. den Ausbau der Finanziellen Allgemeinbildung in der Schulbildung (alle Werte kumuliert). Mit zunehmendem Alter sinkt dieser Anteil bis auf 77 Prozent bei den 35- bis 44-Jährigen. Danach steigen die Werte wieder mit zunehmendem Alter bis auf 88 Prozent bei den ab 65-Jährigen. Jeweils jeder zehnte Befragte der 18- bis 24-Jährigen, der 25- bis 34-Jährigen und der 35- bis 44-Jährigen lehnt die Finanzielle Allgemeinbildung in der Schulbildung ab (je 10 %).

Befürworten Sie die Einführung der Finanziellen Allgemeinbildung in die Schulbildung bzw. deren Ausbau oder lehnen Sie dies ab?



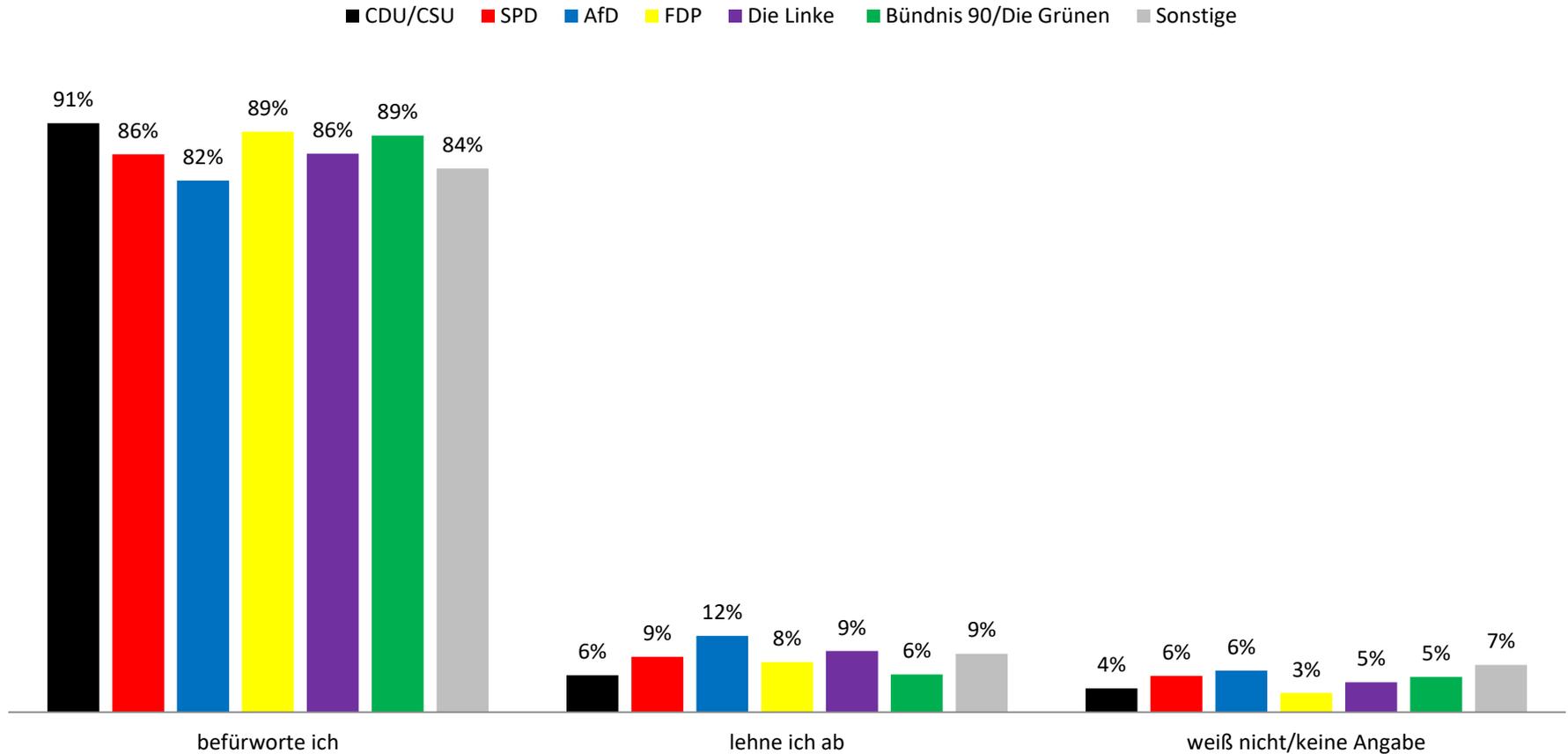
85 Prozent der westdeutschen Befragten befürworten die Einführung der Finanziellen Allgemeinbildung in die Schulbildung bzw. deren Ausbau. Dies sind vier Prozentpunkte mehr als bei den ostdeutschen Befragten (81 %). Acht Prozent der Westdeutschen und jeder zehnte Ostdeutsche (10 %) lehnen diesen Vorschlag hingegen ab.

Befürworten Sie die Einführung der Finanziellen Allgemeinbildung in die Schulbildung bzw. deren Ausbau oder lehnen Sie dies ab?

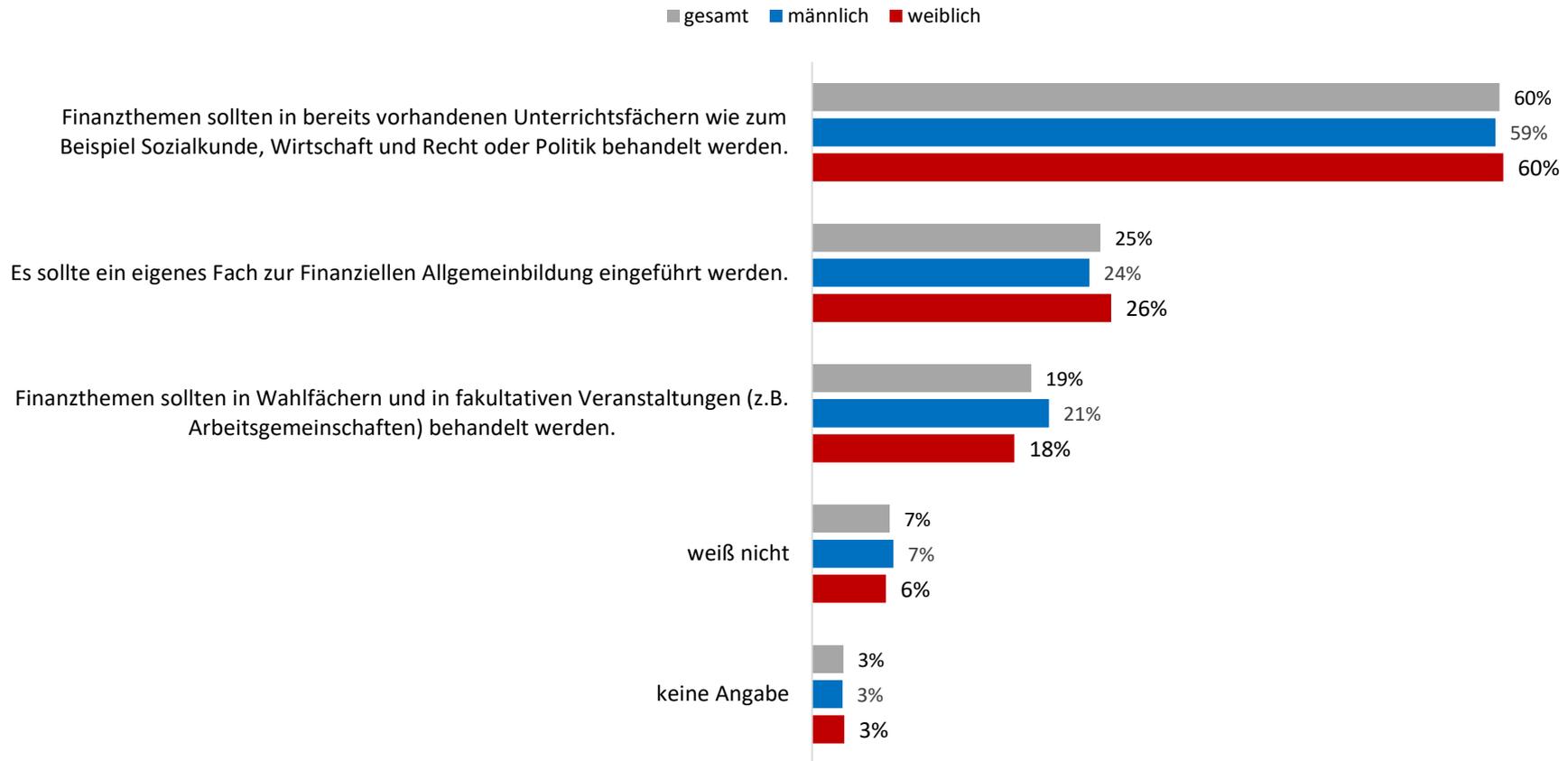


Vier von fünf Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.000 Euro befürworten die Einführung bzw. den Ausbau der Finanziellen Allgemeinbildung in der Schulbildung (80 %). Mit zunehmendem Einkommen steigt dieser Wert bis auf 89 Prozent bei denjenigen, die über ein Haushaltsnettoeinkommen von 4.000 Euro und mehr verfügen.

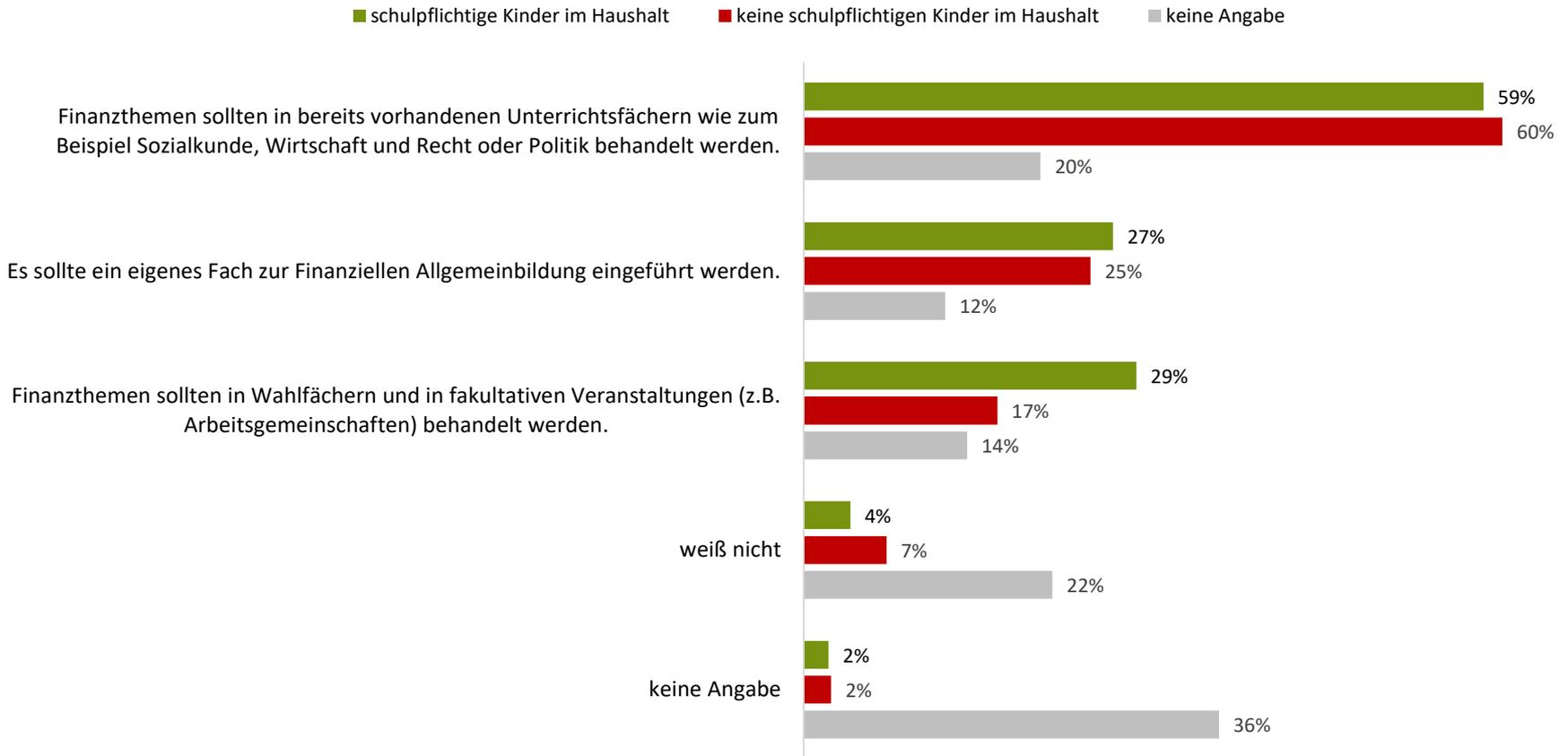
Befürworten Sie die Einführung der Finanziellen Allgemeinbildung in die Schulbildung bzw. deren Ausbau oder lehnen Sie dies ab?



Am häufigsten wird die Finanzielle Allgemeinbildung im Rahmen der Schulbildung von den Wählern der Union (91 %), der FDP (89 %) und der Grünen (89 %) befürwortet. Es folgen die Anhänger der Linkspartei (86 %), der SPD (86 %) und der AfD (82 %). Zwölf Prozent der AfD-Wähler lehnen die Einführung bzw. den Ausbau der Finanziellen Allgemeinbildung in Schulen ab. Bei den Anhängern der Grünen und der Union sind dies nur sechs Prozent. Bei den übrigen Parteien liegt dieser Anteil zwischen acht und neun Prozent.

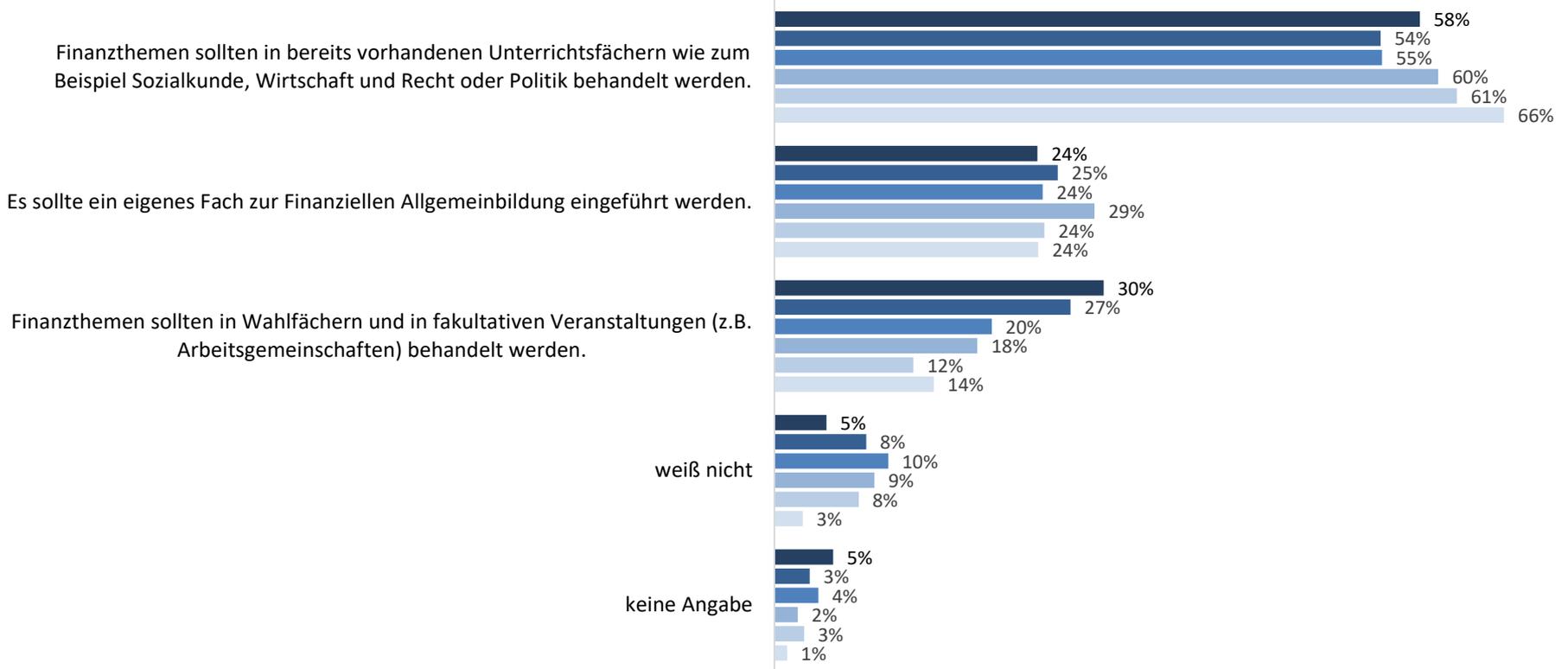


Wenn es zu einer Einführung bzw. einem Ausbau der Finanziellen Allgemeinbildung käme, sollten nach der Meinung von 60 Prozent der Befragten Finanzthemen am ehesten in bereits vorhandenen Unterrichtsfächern behandelt werden. Jeder vierte Befragte meint, es sollte ein eigenes Fach zur Finanziellen Allgemeinbildung eingeführt werden (25 %). 19 Prozent finden, dass Finanzthemen in Wahlfächern und in fakultativen Veranstaltungen behandelt werden sollten. Jeder Zehnte weiß keine Antwort oder macht keine Angabe (10 %, kumuliert).



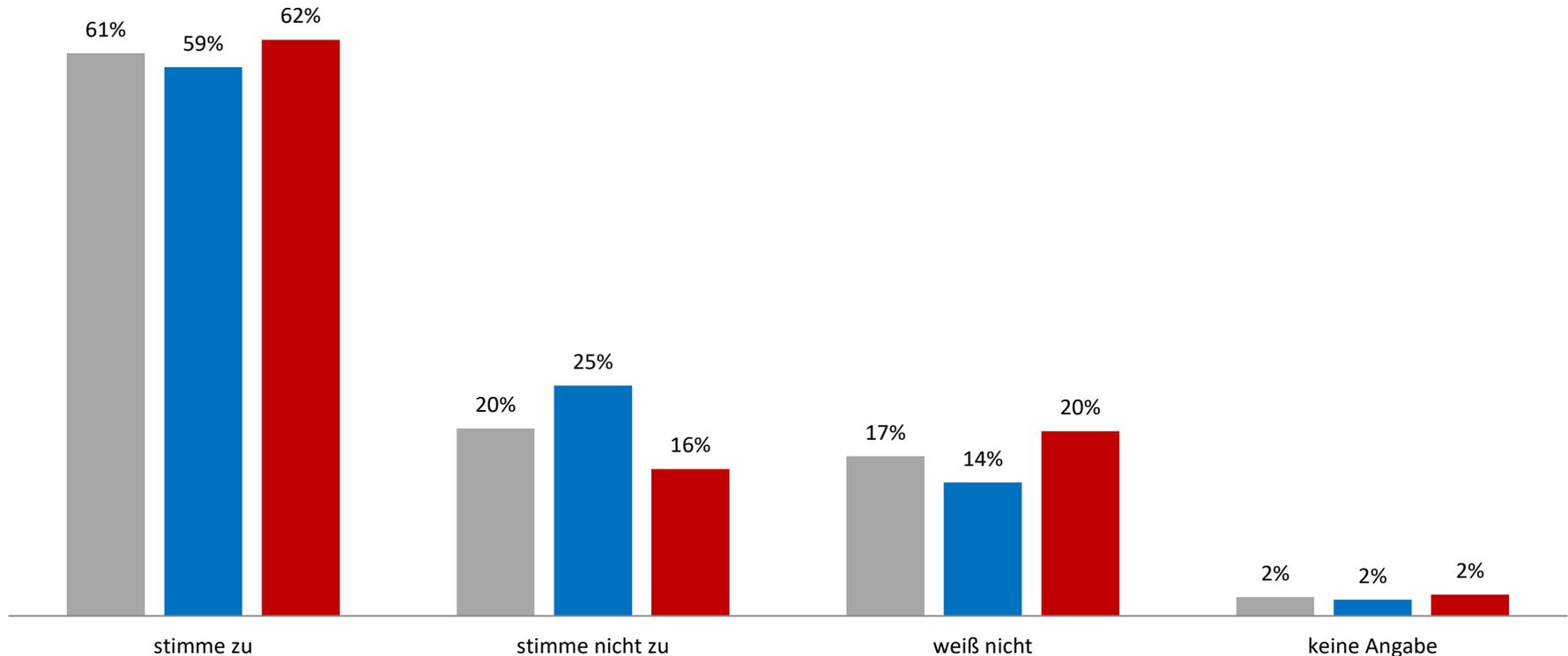
Befragte mit schulpflichtigen Kindern im Haushalt sind überdurchschnittlich häufig der Meinung, dass Finanzthemen in Wahlfächern und in fakultativen Veranstaltungen behandelt werden sollten, wenn es zu einer Einführung bzw. dem Ausbau der Finanziellen Allgemeinbildung käme: 29 Prozent von ihnen geben dies an. Dies sind zwölf Prozentpunkte mehr als bei den Befragten ohne schulpflichtige Kinder im Haushalt (17 %). 27 Prozent der Befragten mit schulpflichtigen Kindern im Haushalt finden, es sollte ein eigenes Fach zur Finanziellen Allgemeinbildung eingeführt werden.

■ 18 bis 24 Jahre ■ 25 bis 34 Jahre ■ 35 bis 44 Jahre ■ 45 bis 54 Jahre ■ 55 bis 64 Jahre ■ ab 65 Jahre



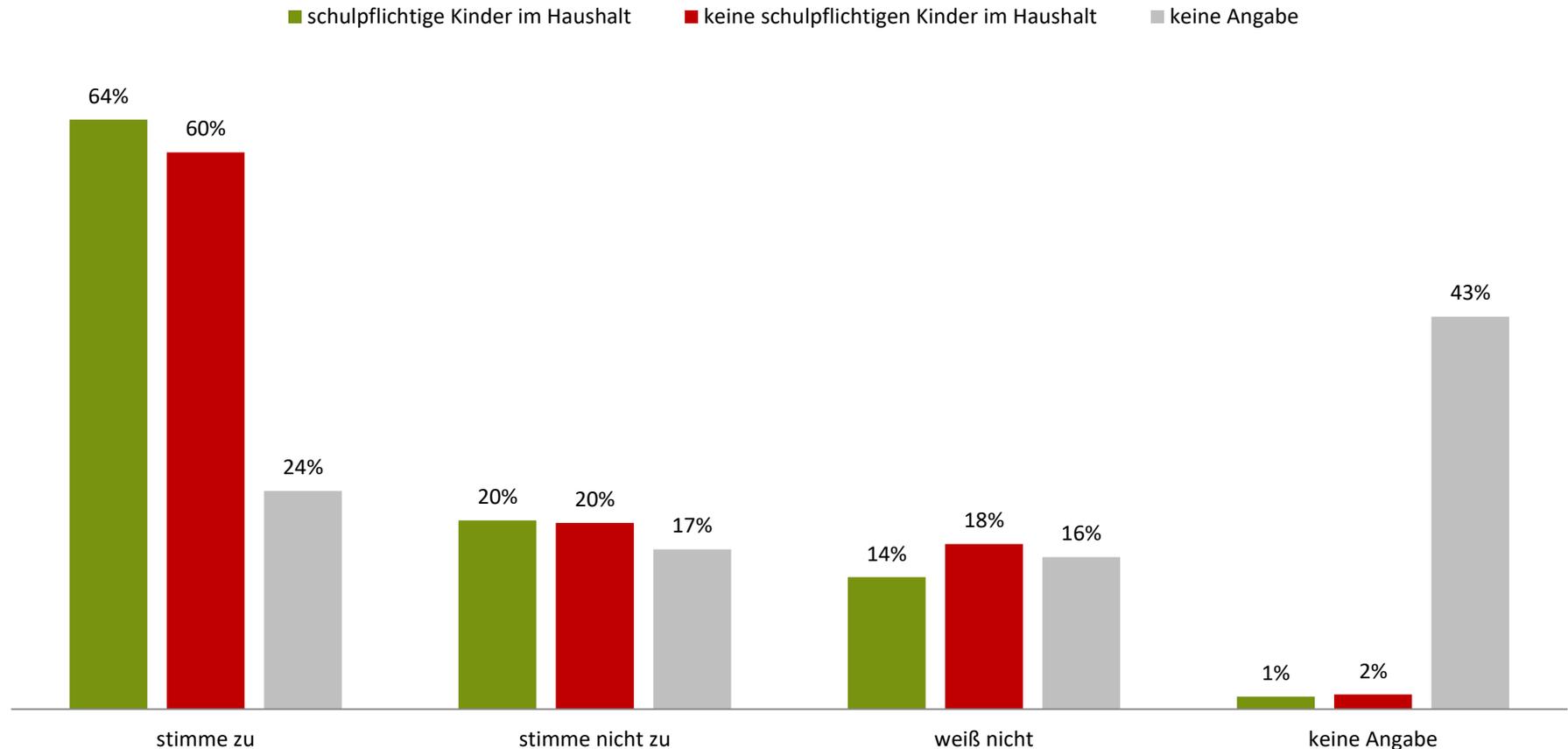
Zwei Drittel der ab 65-jährigen Befragten finden, dass Finanzthemen am ehesten in bereits vorhandenen Unterrichtsfächern behandelt werden sollten (66%). In den übrigen Altersgruppen liegt dieser Anteil zwischen 54 und 61 Prozent. 30 Prozent der 18- bis 24-Jährigen geben an, dass Finanzthemen am ehesten in Wahlfächern und in fakultativen Veranstaltungen behandelt werden sollten. Mit zunehmendem Alter sinkt dieser Anteil bis auf zwölf Prozent bei den 55- bis 64-Jährigen. Bei den ab 65-Jährigen sind es 14 Prozent.

■ gesamt ■ männlich ■ weiblich



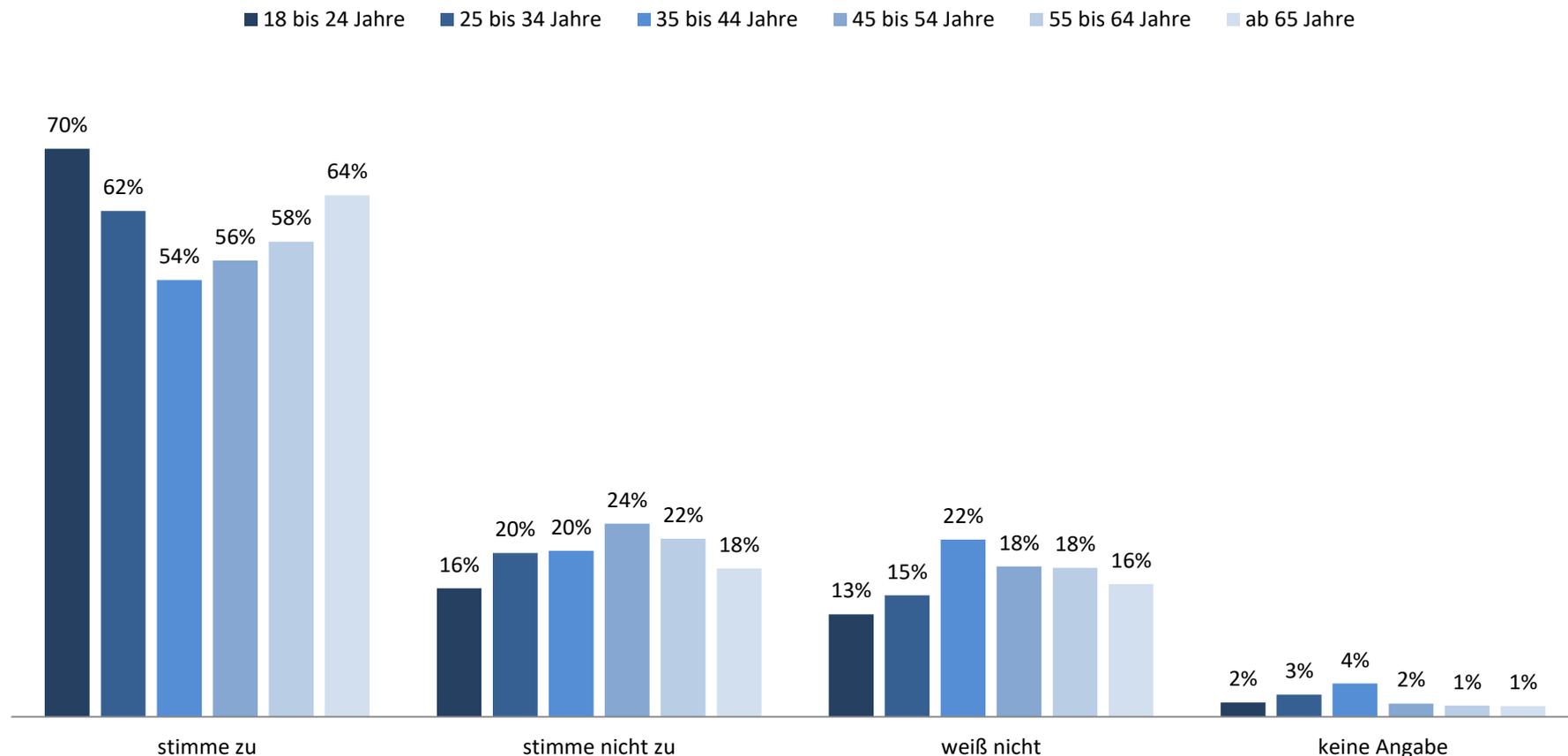
61 Prozent der Befragten stimmen zu, dass die Wirtschaft Lehrer bei der Vermittlung von Finanzthemen unterstützen sollte. Jeder fünfte Befragte (20 %) stimmt hingegen nicht zu (25 % der Männer sowie 16 % der Frauen). 17 Prozent aller Befragten wissen keine Antwort und zwei Prozent machen keine Angabe.

Wie stehen Sie zu folgender Aussage? - Die Wirtschaft sollte Lehrer bei der Vermittlung von Finanzthemen unterstützen.



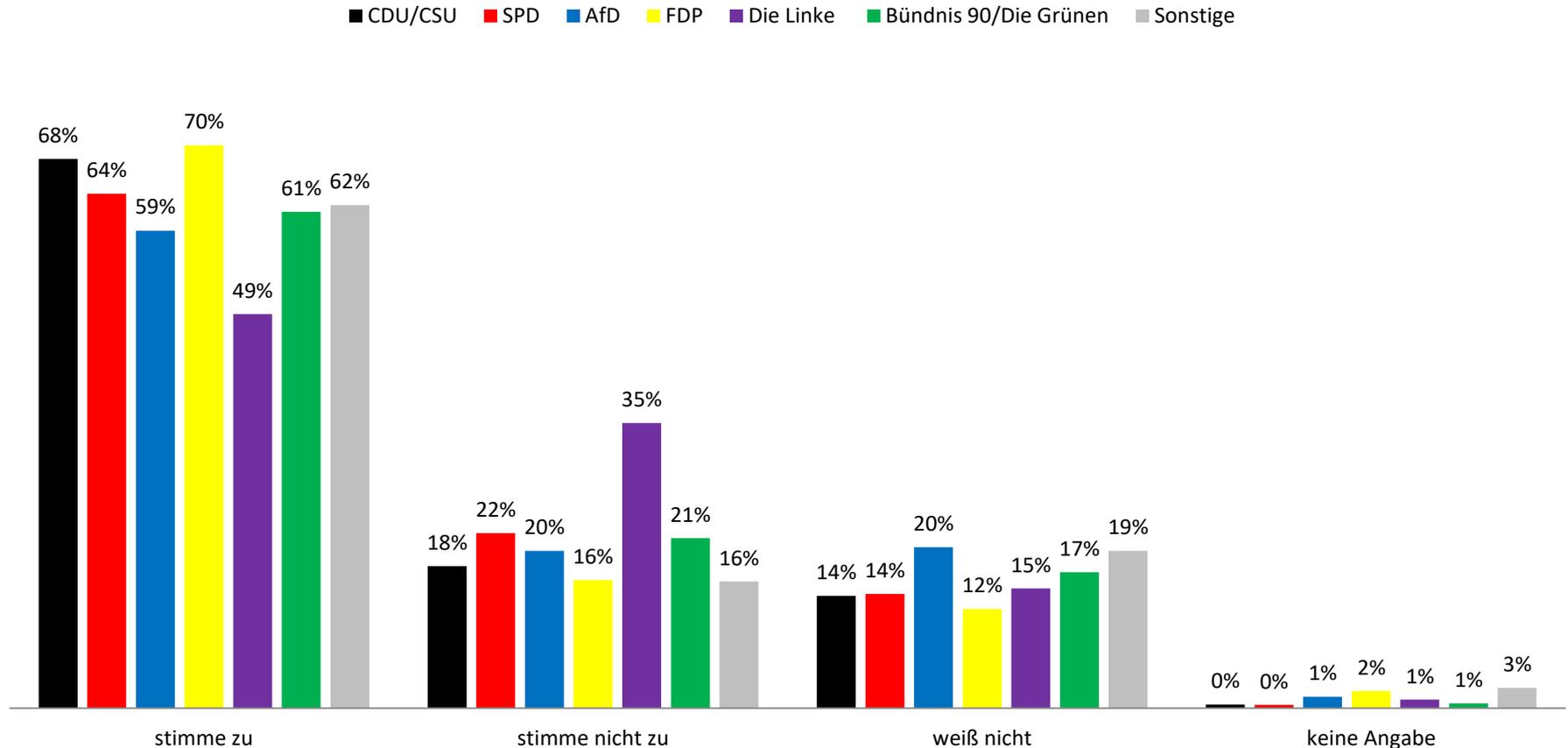
64 Prozent der Befragten mit schulpflichtigen Kindern im Haushalt sind der Meinung, die Wirtschaft sollte Lehrer bei der Vermittlung von Finanzthemen unterstützen. Dies sind vier Prozentpunkte mehr als bei den Befragten ohne schulpflichtige Kinder (60%). Jeweils 20 Prozent beider Gruppen stimmen der Aussage nicht zu.

Wie stehen Sie zu folgender Aussage? - Die Wirtschaft sollte Lehrer bei der Vermittlung von Finanzthemen unterstützen.



70 Prozent der 18- bis 24-Jährigen stimmen zu, dass die Wirtschaft Lehrer bei der Vermittlung von Finanzthemen unterstützen sollte. Mit zunehmendem Alter sinkt dieser Anteil zunächst bis auf 54 Prozent bei den 35- bis 44-Jährigen. Danach steigt er wieder bis auf 64 Prozent der ab 65-Jährigen, die für eine Unterstützung vonseiten der Wirtschaft plädieren.

Wie stehen Sie zu folgender Aussage? - Die Wirtschaft sollte Lehrer bei der Vermittlung von Finanzthemen unterstützen.



Insbesondere die Wähler der FDP (70 %) und der Union (68 %) stimmen zu, dass die Wirtschaft Lehrer bei der Vermittlung von Finanzthemen unterstützen sollte. Es folgen die Anhänger der SPD (64 %), der Grünen (61 %) und der AfD (59 %). Deutlich niedriger ist der Anteil bei den Wählern der Linkspartei (49 %). Dementsprechend stimmen 35 Prozent der Linke-Wähler der Aussage nicht zu. Bei den übrigen Wählergruppen liegt dieser Anteil zwischen 16 und 22 Prozent.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

INSA-CONSULERE GmbH

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel.: 0361 380 395 70

Fax: 0361 644 311 1

Hinweise zu den Grafiken:

Auf Grund der Verwendung von gerundeten Zahlenangaben kann die Summe der Prozentzahlen unter Umständen geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Im Falle von Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentzahlen erheblich von 100 Prozent abweichen.